

Die Extreme Rechte in Deutschland

- Politische Kultur und Politisches System
- Relevante Parteien
- Wahlerfolge und Wähler der Extremen Rechten
- Erklärungsversuche

Politische Kultur

- Beispiellosen Aufstieg der NSDAP; und vereinte 1932 rund 37% der gültigen Stimmen
- Noch in den frühen 1950er Jahren breite Unterstützung für das „Dritte Reich“ bis 1939 (d.h. kein Krieg, keine Judenvernichtung, aber Terrorherrschaft, Gleichschaltung, Militarisierung, Verfolgung von Minderheiten)
- Noch in den frühen 1960er Jahren glaubt ein Drittel der politisch Unzufriedenen, ohne ein Parlament auskommen zu können
- Seit den 1960er Jahre Entwicklung hin zu einer stabilen Bürgerkultur, Tabuisierung des NS
- Nach der Wiedervereinigung Präferenzen für eine „Sozialistische Demokratie“ und großes Protestpotential im Osten

Entwicklung der Politischen Kultur

	1951	1959	1963	1970
BRD	2	42	62	81
3. Reich bis '39	42	18	10	5
Weimar	7	4	5	2
Kaiserreich	45	28	16	5

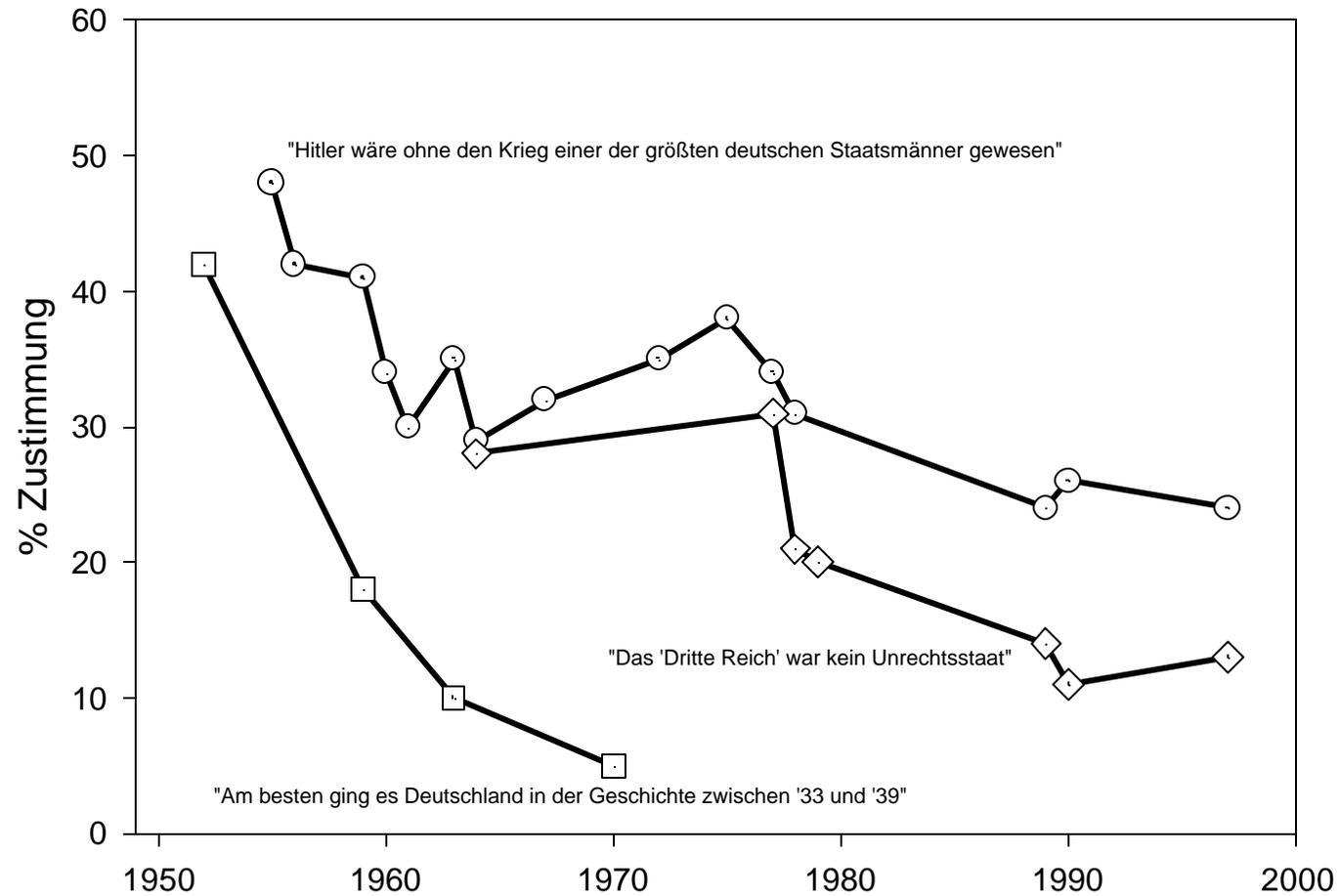
Frage: "Wann in diesem Jahrhundert ging es Deutschland am besten?"

Beurteilung der Leistung des Bundestages

	1962		1972	
	positiv	negativ	positiv	negativ
Ja	84	59	89	86
Nein	7	29	4	6

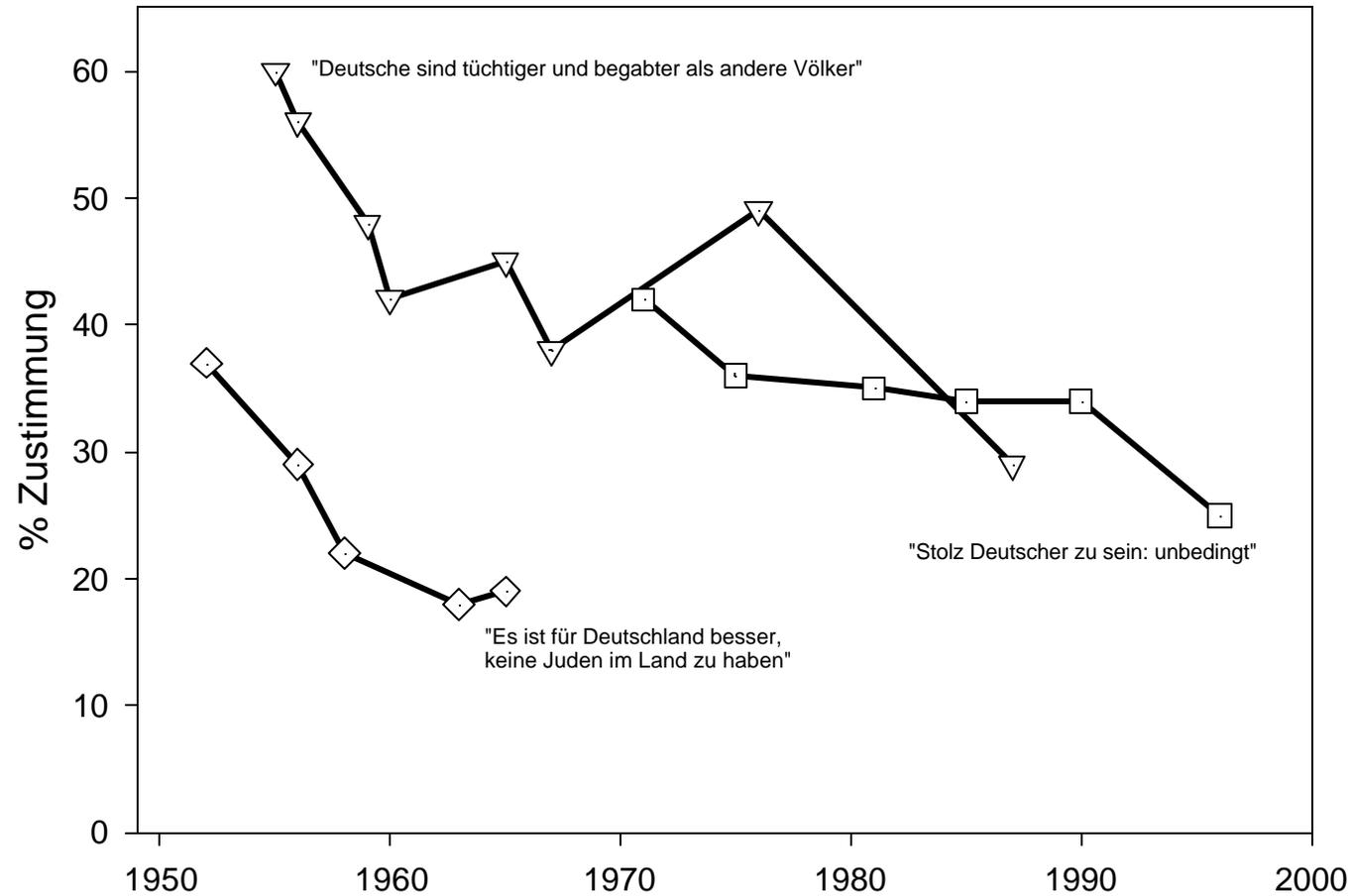
Frage: "Brauchen wir ein Parlament"?

Entwicklung rechter Einstellungen I



Entwicklung rechter Einstellungen

II



Politisches System

- Generell: Parlamentarisches System mit konsensdemokratische Tendenzen, besonders durch Föderalismus / Politikverflechtung
- Parteiensystem: Gemäßigter Pluralismus. Seit den 1990er Jahren bürgerliches und „linkes“ Lager, PDS als Regionalpartei, auf Länderebene gelegentlich große / lagerübergreifende Koalitionen
- Wahlsystem: Auf Bundes-, Landes- und Europäischer Ebene Varianten des Verhältniswahlsystems mit 5%-Sperrklausel, auf kommunaler Ebene meist keine explizite Sperrklausel; stark personalisierende Elemente

Relevante Parteien: SRP 1949-52

- Etliche Anhänger der extremen Rechten schließen sich nach dem Krieg den bürgerlichen Parteien an, daneben kleine und kleinste Gruppierungen
- Von der „Deutschen Konservativen Partei- Deutschen Rechtspartei“ spaltet sich 1949 die „Sozialistische Reichspartei“ ab
 - rekrutiert gezielt ehemalige NSDAP-Kader
 - paßt sich nur minimal an veränderte Umstände an
 - rund 10.000 Mitglieder, davon ca. 6000 in Niedersachsen
 - Programmatik: Fortdauer des Reiches (und der Regierung Dönitz!), Widerstand gegen Alliierte und „Lizenzparteien“, Weiterführung der „nationalsozialistischen Revolution“, Antibolschewismus/-liberalismus, „völkisches Denken“, Rückgewinnung der Ostgebiete
- Wahlerfolge bis zum Verbot im Oktober 1952
 - LTW Niedersachsen: 11% im Mai 1951, in 9 von 95 Wahlkreisen >25%, Koalitionsverhandlungen mit CDU/DP
 - LTW Bremen: knapp 8% im Oktober 1951
 - Verfassungsgebende Versammlung Südwest-Staat: fast 4% im März 1952, deutlich höhere Ergebnisse in Nordbaden
- Fortexistenz kleinerer Rechtsparteien (u.a. „Deutsche Reichspartei“)

Relevante Parteien: NPD seit 1964

- Gegründet als Sammlungsbewegung, faktisch Zusammenschluß der Deutschen Reichspartei (DRP) mit kleineren Gruppen
- Über DRP personelle Verbindungen zur NSDAP (ca. 20% der Mitglieder, in der Führung noch mehr)
- Ansonsten sehr heterogen: Antibolschewismus, Revision der Wiedervereinigung, Relativierung der NS-Verbrechen, Ostgrenzen, nationalsozialistische, konservative und zunächst sogar katholische Elemente
- Zunächst nicht ausländerfeindlich (mangels Masse), was sich in 1970er Jahren änderte
- Beträchtliche Erfolge von bis zu 10% bei den Landtagswahlen seit 1966
- Knappes Scheitern bei BTW 1969 (4,3%) stürzt Partei in tiefe Krise, danach keine LTW mehr gewonnen, weitere Radikalisierung, Sekten-/Bewegungscharakter
- In den 1990er Jahren enge Verbindung zu Skinhead- und anderen Neonazi-Gruppen, vor allem in den neuen Ländern
- Verbot an formalen Prozeßhindernissen gescheitert

Relevante Parteien: REP seit 1983

- Als rechts-bürgerliche Partei von zwei ehemaligen CSU-Abgeordneten aus Protest gegen den Milliardenkredit für die DDR gegründet
- Zunehmend größerer Einfluß Franz Schönhubers, der 1986 den Vorsitz übernimmt
- Partei präsentiert sich als sehr weit rechts stehende, aber demokratische Alternative zur Union
- Programmatik: Sozialer Konservatismus, für Wiedervereinigung und „Vergangenheitsbewältigung“, europaskeptisch, Wohlfahrtschauvinismus, gegen Ausländer (insbesondere Asylbewerber), dabei (fast) immer im Rahmen des Legalen und gesellschaftlich weithin Akzeptablen, gelegentlich kalkulierte Tabubrüche
- Mitte der 1990er Führungskrise u.a. wg. Kooperation mit DVU, Schönhuber verläßt 1995 die Partei; Nachfolger: Rolf Schlierer
- Seit Ende der 1990er Niedergang, seit 2001 in keinem Landtag mehr vertreten, auf kommunaler Ebene aber immer noch aktiv

Relevante Parteien: DVU seit 1971/87

- 1971 von dem rechtsextremen Verleger G. Frey (bis heute Vorsitzender) als eine Art Buchklub für den Vertrieb seiner Publikationen gegründet
- Verbindungen zu Rechtsextremisten im In- und Ausland
- 1987 in eine Partei umgewandelt, bis 1990 Wahlbündnis mit NPD („Liste D“)
- Partei- und Verlagsstrukturen kaum zu trennen, Partei schuldet dem Verlag Millionenbeträge, kein echtes Parteileben
- Offizielles Programm umfaßt nur wenige Seiten, interessanter sind andere Publikationen (u.a. „Nationalzeitung“)
- Bei ähnlicher Stoßrichtung wie REP aggressiveres Auftreten, mehr biologischer Rassismus und Antisemitismus, intensivere Verbindung zum Nationalsozialismus
- Wie die REP versucht auch die DVU allgemeine Unzufriedenheit mit Staat und Parteien auszunutzen („Diesmal Protest wählen“)
- Noch häufiger als bei REP extrem dilettantisches Auftreten der Abgeordneten; in der Regel nach kurzer Zeit Austritte und Abspaltungen
- Keine Beteiligung an den BTWs 1990/94/02

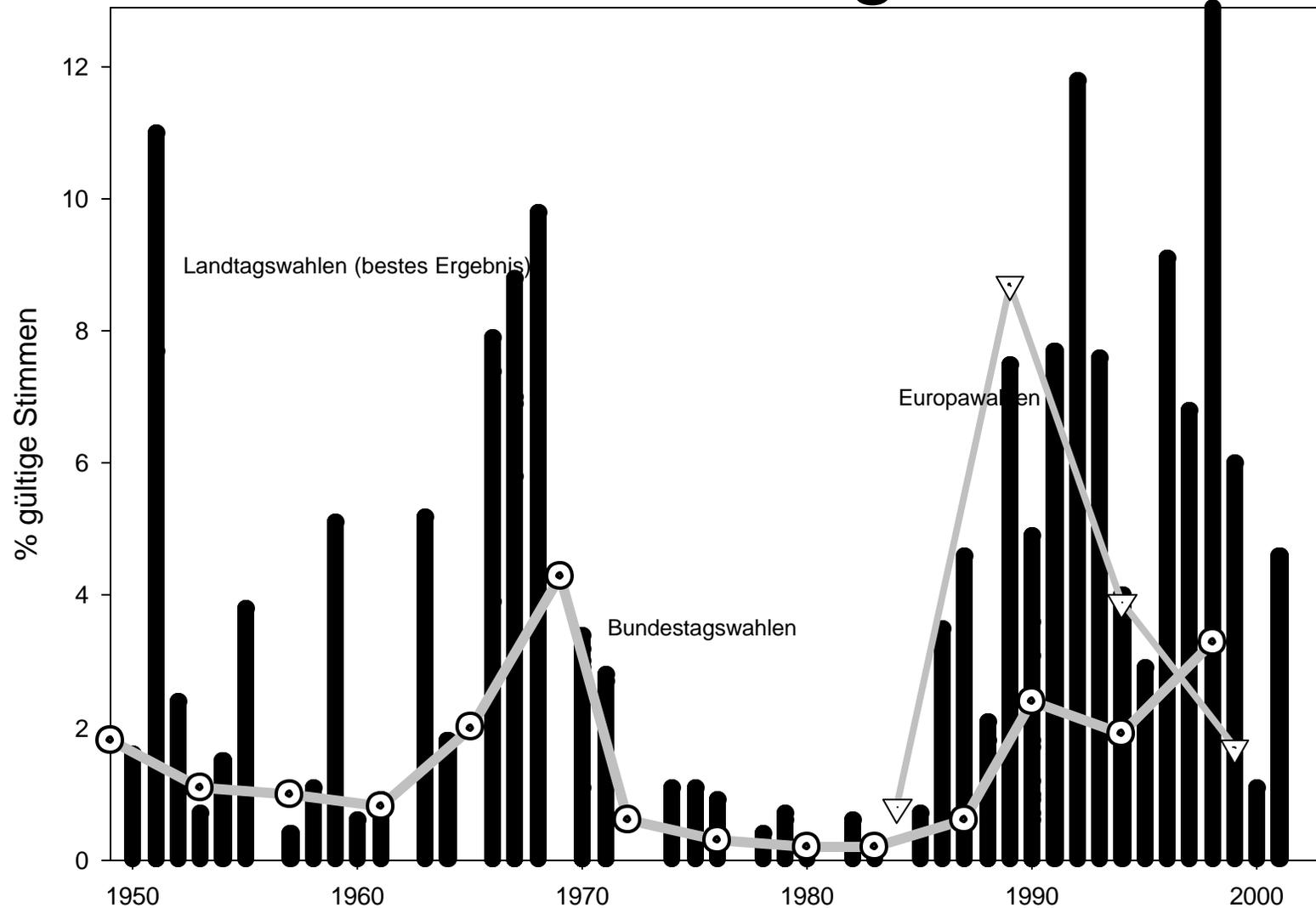
Die Wähler der extremen Rechten

- SRP: vor allem in ländlichen protestantischen Gegenden und hier wiederum in Norddeutschland erfolgreich. Wähler wie Mitglieder zum großen Teil alte Nazis
- NPD: Protestanten, Landwirte und kleine Selbständige (Handwerker), teilweise bürgerliche Schichten und Arbeiter. Mischung aus Protest und Ideologie
- REP: Zunächst bürgerliche Schichten, dann Proletarisierung, Landwirte, kleine Selbständige, teilweise einfache Angestellte und Beamte, sehr junge und relativ alte Wahlberechtigte, niedrige Bildung, keine Bindungen an Kirchen oder Gewerkschaften, überproportional viele Männer. Mischung aus Protest und Ideologie, rechtsextreme Einstellungen aber praktisch notwendige Voraussetzung
- DVU: Vermutlich sehr ähnliche Klientel, Voraussetzung für Erfolge meist sehr intensive Kampagnen

Wahlerfolge

- Beschränkt auf Kommunal-, Landtags- und später Europawahlen
- Paradox: Rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung haben seit den 1950er Jahren kontinuierlich abgenommen
- Trotzdem im wieder Erfolge:
 - „Erste Welle“: Nachkriegszeit bis zum Verbot der SRP, einzelne Ausläufer bis in die späten 1950er Jahre
 - „Zweite Welle“: NPD-Erfolge von 1966-69
 - „Dritte Welle“: Erfolge der REP und DVU seit 1987/89 bis ca. 1993, bis zum Ende der Dekade sporadische Erfolge, seitdem weitgehend abgeebbt
- Im europäischen Vergleich ist die extreme Rechte in Deutschland schwach

Die „drei Wellen“ rechter Wahlerfolge



Erklärungsversuche: Nachfrage

- Erste Welle vor allem von alten Nazis getragen (pol. Kultur)
- Die trugen auch zur zweiten Welle bei. Außerdem von Großen Koalition enttäuschte Konservative + Verunsicherung durch erste „Rezession“ der Nachkriegszeit (pol. Kultur, Protest, Ungleichgewicht)
- Dritte Welle vor allem von marginalisierten, verunsicherten Wählern getragen, die Ausländer als Bedrohung ihrer ökonomischen, sozialen („das Boot ist voll“) und manchmal auch physischen Sicherheit sehen („Ungleichgewicht“ + evtl. Persönlichkeit)
- Außerdem allgemeine Unzufriedenheit („Parteien-/Politikverdrossenheit“) mit Parteien und Politikern, vermutlich als Folge der Vereinigungsprobleme. Aber: In den 1990er Jahren gab es praktisch keine „reinen“ Protestwähler, die zum Erfolg der REP beigetragen hätten

Erklärungsversuche: Angebot

- Pol. Kultur und Gelegenheitsstrukturen wirken momentan gegen die extreme Rechte
 - Deutschen Rechtsparteien gelang es nicht, sich vom NS zu lösen, der nach wie vor tabuisiert ist und praktisch keine Anhänger mehr hat
 - Mit der Wiedervereinigung und der Änderung des Asylartikels verlor die Rechte ihre beiden wichtigsten Themen
 - Wie schon in den 1970er Jahren kann die Union als Oppositionspartei im Bund potentielle Wähler der extremen Rechten an sich binden (Staatsbürgerschaft, Einwanderung)
 - Größtes Problem seit rund 10 Jahren Arbeitslosigkeit, Rechte gilt hier nicht als kompetent
- Rechte Parteien haben hausgemachte Probleme
 - Nach dem Abgang Schönhubers fehlt der Rechten eine charismatische Gestalt wie Haider, Hagen oder Fini
 - Die Rechte ist nach wie zersplittert und weitgehend unfähig zur Kooperation
- Etablierte Parteien gelingt es immer noch bzw. wieder Bürger zu integrieren, extreme Unzufriedenheit regional begrenzt (Hamburg)